



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Kontrollierte Freigabe von Cannabis

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Handel von Cannabis legalisiert und reguliert wird. Cannabis soll legal in lizenzierten Geschäften erworben werden können. In diesen Geschäften sind Jugend- und Verbraucherschutz zu gewährleisten. Cannabis darf nur an Volljährige und nur in kontrollierter Qualität mit Angabe des THC-Gehalts abgegeben werden.

Begründung:

Der Cannabiskonsum nimmt insbesondere unter jungen Menschen in Deutschland seit Jahren stark zu. 22 Prozent der 18- bis 25-jährigen gaben in einer Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2018 an, in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal Cannabis konsumiert zu haben. Vor zehn Jahren waren es noch 11,8 Prozent.

Die bisherige Verbots- und Kriminalisierungspolitik hat ihr Ziel also verfehlt. Weltweit verfolgen immer mehr Staaten deshalb eine liberale Cannabispolitik, die auf Legalisierung und Regulierung des Handels setzt.

Der Schwarzmarkt ist jeglicher staatlichen Kontrolle entzogen. Das dort verkaufte Cannabis ist teilweise von minderwertiger Qualität und gesundheitsschädlich gestreckt. Dealer verkaufen ihre Ware auch an Minderjährige und bieten auch härtere Drogen an. Legale und regulierte Vertriebswege können den Schwarzmarkt austrocknen. Eine Legalisierung von Cannabis entlastet damit auch Polizei und Justiz.

Menschen mit einem problematischen Rauschmittelkonsum brauchen keine Strafverfolgung, sondern Therapieangebote. Die Steuereinnahmen aus dem legalen Cannabis-Handel sollten unter anderem für Präventions- und Suchtberatungsprogramme verwendet werden.